



aber...

Lässt sich eine FTS nicht leicht umgehen?

Wie bei jeder Steuer muss auch hier eine sorgfältige Konstruktion die Schlupflöcher schließen. Die erwähnten elektronischen Abwicklungsplattformen erschweren aber bereits ein Umgehen der Besteuerung. Da die Steuer zudem sehr gering ist, wird eine Umgehung schnell unrentabel.

Werden die Finanzinstitute die Steuer nicht auf die Endverbraucher abwälzen?

Das wäre eher bei einer FAT zu befürchten. Eine FTS hingegen belastet langfristige Anlagen normaler Sparer oder Rentenanwärter weit weniger als die Gebühren von Banken und Versicherungen das tun. Und normale Überweisungen sind ohnehin nicht betroffen.

Ist es kein Widerspruch, wenn eine FTS sowohl regulieren als auch Einnahmen erzielen will?

Richtig ist: Wenn eine FTS bestimmte Handelsaktivitäten bremst, sinken die Einnahmen aus diesen Aktivitäten. Dennoch wird sich (wie bei Steuern auf Tabak oder Benzin) ein Gleichgewicht mit immer noch hohen Einnahmen einpendeln.

Ausführlichere Informationen unter

<http://www.steuer-gegen-armut.org/steuer-gegen-armut.html>



Politische Hilfestellung für die Regierung in Berlin: Aktivist/innen der Kampagne stärken Bundeskanzlerin Merkel im Juni 2011 zum nächsten EU-Ratstreffen den Rücken.

Jetzt handeln: Finanztransaktionssteuer einführen

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer genießt inzwischen weltweit breite Unterstützung. Kirchen und Nichtregierungsorganisationen fordern sie ebenso wie zahlreiche Ökonomen und Politiker. Auch unter Banken und Finanzinvestoren finden sich Fürsprecher. Während einzelne Länder bereits eingeschränkte Steuern auf den Handel mit Wertpapieren haben, wird in der Europäischen Union seit Herbst 2011 erstmals über die koordinierte Einführung einer Finanztransaktionssteuer in mehreren Staaten verhandelt.

Dabei ist allen Befürwortern klar: Eine Finanztransaktionssteuer ist kein Allheilmittel, und sie muss sorgfältig konstruiert werden, um Steuerflucht und unerwünschte Nebenwirkungen zu vermeiden. Doch sie ist machbar, und sie ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen und gerechten globalen Entwicklung. Ein Schritt, der jetzt gegangen werden muss.

Unterstützen Sie dieses Anliegen!

Mehr dazu im Internet:

<http://www.steuer-gegen-armut.org/mitmachen.html>

Hier können Sie sich auch über Facebook und Twitter von uns auf dem Laufenden halten lassen.

Impressum

MISEREOR
IHR HILFSWERK

ViSDP: Dr. Georg Stoll
MISEREOR, Abt. Entwicklungspolitik
Mozartstr. 9, 52064 Aachen

Graf. Gestaltung: VISUELL, Aachen

Produktion: MVG, Aachen

Dieser Flyer wurde von MISEREOR im Rahmen der Kampagne „Steuer gegen Armut“ produziert.



Steuer gegen Armut

Steuer gegen Armut



Drei starke Argumente für eine

FINANZTRANSAKTIONSSTEUER:

- > Mittel für drängende globale Aufgaben aufbringen
- > Gewinne und Kosten der Globalisierung gerechter verteilen
- > Schädliche Finanzgeschäfte eindämmen

www.steuer-gegen-armut.org

Die Kampagne „Steuer gegen Armut“ wird von 86 Organisationen aus Gesellschaft, Kirchen, Wirtschaft und Politik getragen.

Steuer gegen Armut

Ja,

– Gründe und Gegen Gründe

Kurze Antworten auf die wichtigsten Fragen an eine Finanztransaktionssteuer (FTS):

Ist eine Finanzaktivitätssteuer (FAT), die Gewinne von Banken besteuert, nicht besser als eine FTS?

Die FAT richtet sich nicht zielgenau gegen spekulativen Hochgeschwindigkeitshandel und würde auch Finanzinstitute treffen, die lediglich im klassischen Geschäft von Kleinsparern und Unternehmensfinanzierung tätig sind. Außerdem schließen FAT und FTS sich nicht aus.

Ist eine FTS überhaupt technisch umsetzbar?

Ja. Die meisten Finanzgeschäfte werden über zentrale elektronische Plattformen rechtlich verbindlich abgewickelt. Dabei werden bereits Verwaltungsgebühren eingezogen. Das wäre mit einer Steuer ebenso möglich.

Ist eine FTS sinnvoll, wenn sie nicht in allen Ländern eingeführt wird?

Je mehr Staaten bei einer FTS mitmachen, umso besser. Doch auch eine regionale oder schrittweise Einführung ist machbar und sinnvoll. Das zeigen die vielen Beispiele nationaler Finanztransaktionssteuern, beispielsweise in Großbritannien, einem der größten Finanzplätze weltweit.

Werden die Einnahmen aus einer FTS auch für globale Entwicklung und Klimaschutz verwendet?

Eine feste Zweckbindung gibt es bei Steuern grundsätzlich nicht. Es ist die Aufgabe des Parlaments, die Ausgabenpolitik der Regierung zu steuern und zu überwachen. Abgeordnete müssen gemeinsam mit Zivilgesellschaft und Medien auf eine entsprechende Verwendung der Mittel achten.

Finanztransaktionssteuer – Eine Antwort auf entfesselte globale Finanzmärkte

Die Weltwirtschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten rasant verändert. Die Finanzmärkte entfernen sich immer weiter von der Realwirtschaft. Global agierende Banken, Fonds und Versicherungen finanzieren nicht mehr nur die Produktion und den Handel von Waren und Dienstleistungen. Sie entwickeln und verkaufen immer kompliziertere Finanzprodukte, bei denen es um möglichst schnelle und möglichst hohe Gewinne geht. Was am Ende über den Umweg dieser sogenannten Derivate finanziert wird – oder gar, welche ökologischen und sozialen Kosten damit verbunden sind – interessiert nicht mehr. Ohnehin haben in den meisten Börsensälen

Die größte Katastrophe, die wir seit etwa zehn Jahren erleben, sind die nicht realen Finanztransaktionsgeschäfte, die kein Mensch mehr versteht.

Jürgen Heraeus, Aufsichtsratsvorsitzender der Heraeus Holding (Handelsblatt, 31.08.2011):

der Welt längst Computer die Regie übernommen. Sie wickeln Tausende von Kauf- und Verkaufsaufträgen pro Sekunde ab und versuchen dabei, durch das häufige Ausnutzen minimaler Kursdifferenzen Gewinne zu erzielen.

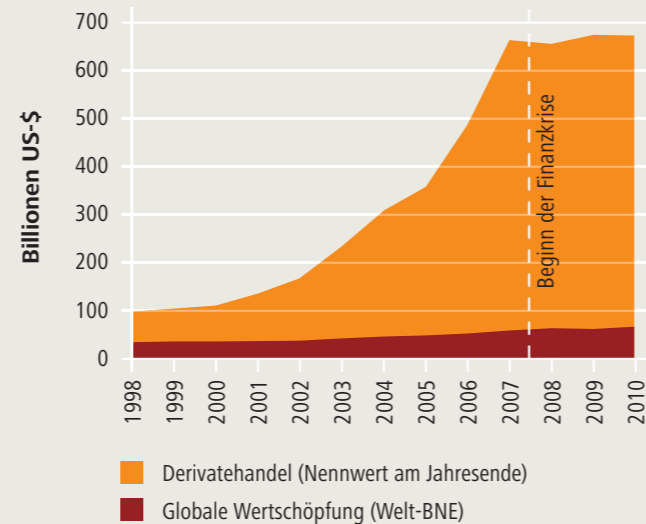


Ausschnitt aus einem Video zur Finanztransaktionssteuer mit Heike Makatsch und Jan Josef Liefers (www.steuer-gegen-armut.org)



> Video ansehen

Der Handel mit Derivaten entfernt sich immer stärker von der realwirtschaftlichen Wertschöpfung:



Quellen: BIZ, Weltbank

So tragen die Finanzmärkte wesentlich dazu bei, Risiken zu verschleiern, Haftung zu vermeiden und einer kurzfristigen Gewinnmaximierung Vorschub zu leisten. Langfristige Investitionsentscheidungen, die das Gemeinwohl im Auge behalten, bleiben auf der Strecke. Unterstützt wird diese Entwicklung nicht nur durch den technischen Fortschritt bei der Datenverarbeitung, sondern auch durch Politiker/innen, die den Finanzmärkten möglichst große Freiheiten verschaffen wollen.

Doch spätestens die Finanzkrise hat die Kehrseite dieser Entwicklung sichtbar gemacht: Während die Finanzindustrie immer größere Anteile der globalen Wertschöpfung an sich zieht, muss das Gros der Bevölkerung für die Kosten und Risiken aufkommen. Dabei trifft es die Ärmern besonders hart.

Deshalb ist es kein Zufall, dass die Idee einer Steuer auf Finanztransaktionen, die bereits seit 40 Jahren von zahlreichen Ökonomen und Organisationen gefordert wird, mit dem Ausbruch der Finanzkrise wieder Auftrieb bekommen



Foto: Ernst Klajnsch/MISEREOR

Besonders die Grundbildung hat von den Schuldenerlassen der vergangenen Jahre profitiert. Die Zahl der Kinder, die keine Grundschule besuchen können, ist zwischen 1999 und 2009 von 106 auf 67 Millionen zurückgegangen. In anderen Bereichen sieht die Entwicklungsbilanz jedoch noch düster aus. Jedes vierte Kind unter 5 Jahren in Entwicklungsländern ist unterernährt. Insgesamt leiden eine Milliarde Menschen Hunger. Und die Aussichten drohen sich aufgrund des Klimawandels weiter zu verschlechtern. Um Armut global zu bekämpfen und den Klimawandel und seine Auswirkungen einzudämmen, sind dreistellige Milliardenbeträge erforderlich – Jahr für Jahr. Eine Finanztransaktionssteuer könnte wesentlich dazu beisteuern.

Die GKKE setzt sich zum einen wegen der regulierenden Wirkung der Steuer auf die Finanzmärkte für eine Finanztransaktionssteuer ein; zum anderen sollten aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit die Erträge der Steuer zumindest teilweise für die Armutsbekämpfung weltweit verwendet werden.

Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung GKKE (Erklärung vom 17.10.2011)

61 Prozent der Europäer unterstützen grundsätzlich eine Finanztransaktionssteuer, während sich 26 Prozent dagegen aussprechen und 13 Prozent keine Meinung dazu haben.

Eurobarometer-Umfrage des Europäischen Parlaments (22.06.2011)

hat. Die Grundidee ist einfach: Eine sehr geringe Steuer von beispielsweise 0,05 Prozent auf den Handel mit Wertpapieren trifft genau den problematischen Bereich des Hochfrequenzhandels, während langfristige Investitionen nicht behindert werden. Das Aufkommen der Steuer ist dennoch sehr hoch, da der Gesamtumfang des Wertpapierhandels so groß ist (die Europäische Kommission schätzt das Potenzial für die EU auf 57 Mrd. Euro im Jahr).

So lassen sich drei wichtige Ziele gleichermaßen verfolgen:

- > **Finanzierung globaler Aufgaben:** Mit den Einnahmen aus dem Finanzsektor, der zu den großen Gewinnern der Globalisierung zählt, lassen sich dringend erforderliche Ausgaben für die globale Armutsbekämpfung und den weltweiten Klimaschutz bestreiten – zwei Bereiche, die zur Schattenseite der Globalisierung gehören und chronisch unterfinanziert sind.
- > **Steuergerechtigkeit:** Während beim Kauf und Verkauf von Gütern alle Bürger hohe Verbrauchs- und Mehrwertsteuern zahlen müssen, ist der Handel mit Wertpapieren davon bislang ausgenommen. Diese ungerechtfertigte Ausnahme wird durch eine Finanztransaktionssteuer beseitigt.
- > **Finanzmarktstabilität:** Die Finanztransaktionssteuer erhöht die Kosten für spekulativen kurzfristig orientierten Wertpapierhandel. Sie korrigiert damit Fehlanreize und Marktversagen und stärkt die Stabilität der Finanzmärkte.